

Politischer Jahresbericht

Ostafrika & Horn von Afrika 2006/2007



Nairobi

Regionalbüro Ostafrika & Horn von Afrika, Juli 2006-Juli 2007

Dr. Axel Harneit-Sievers

Heinrich Böll Foundation
Regional Office for East & Horn of Africa
Forest Road
P.O. Box 10799-00100 GPO
Nairobi, Kenya

Fon: +254-20-37 50 329 / 37 44 227
Fax: +254-20-37 49 132
E-Mail: nairobi@hbfa.com
Homepage: <http://www.hbfa.com/>

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
2. Kenia.....	2
3. Somalia	7
4 Regionale Perspektiven.....	11
Ausblick.....	14

Zusammenfassung: Eine Region voller Widersprüche

Ostafrika, das Horn von Afrika und der Sudan bilden eine heterogene Region, Kenia, Uganda, Äthiopien, Somalia (einschließlich seiner als "Somaliland" nach Unabhängigkeit strebenden Nordwest-Region), Eritrea, Djibouti und der Sudan sind politisch locker durch die *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) integriert. Mehrere Staaten der Region konnten 2006-07 deutliche politische und wirtschaftliche Fortschritte verzeichnen. Doch insgesamt weist die Region nach wie vor eine große Zahl inner- und zwischenstaatlicher Gewaltkonflikte auf, die die regionale Politik und ihre internationale Perzeption weiter dominierten. Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf Kenia und Somalia – die beiden Schwerpunktstaaten der HBS-Arbeit in der Region – und gibt einen Überblick zur Entwicklung der weiteren IGAD-Region. (Das HBS-Länderbüro Äthiopien in Addis Abeba hat einen eigenen Bericht vorgelegt.)

Die gesellschaftliche Entwicklung in **Kenia** war voller Widersprüche. Auf der einen Seite standen eine solide wachsende Ökonomie und eine in vielen Belangen positive Grundstimmung; dazu gehörte auch die verbreitete Überzeugung, dass Präsident Mwai Kibaki die für das Jahresende anstehenden Wahlen wohl erneut gewinnen werde, obwohl er viele der in ihn 2002 gesetzten großen Hoffnungen (hinsichtlich Antikorruptionspolitik, Verfassungsreform u.a.) enttäuscht hat. Zugleich war der Eindruck weit verbreitet, dass die positive Wirtschaftsentwicklung die Armut im Land nicht wesentlich verringert habe; die parteipolitischen Verhältnisse waren sehr unübersichtlich, und seit dem Frühjahr 2007 überzog eine Welle der Gewalt das Land. Außenpolitisch stellte sich Kenia – vielleicht noch deutlicher als in der Vergangenheit – an die Seite der USA und des "Kriegs gegen den Terror", den sie auch und gerade am Horn von Afrika führt.

In Süd- und Zentral-**Somalia** übernahm im Juni 2006 die Union der islamischen Gerichte die Macht. Sie stellte einen seit langem unbekanntem Grad von Sicherheit und Ordnung vor allem in Mogadischu her; zugleich aber bedrohte sie die von Äthiopien und international gestützte Übergangsregierung und wurde von den USA verdächtigt, Akteure des islamistischen Terrors zu unterstützen. Mit einer militärischen Intervention zum Jahreswechsel stürzte Äthiopien die Union der islamischen Gerichte und etablierte die somalische Übergangsregierung in Mogadischu, welche sich bislang allerdings als unfähig erwies, einen nationalen Versöhnungsprozess voranzutreiben. Derweil erlebte die nach Unabhängigkeit strebende Region **Somaliland** trotz wirtschaftlicher Probleme und vereinzelter Übergriffe des Präsidenten gegen unliebsame Journalisten politische Stabilität und – vor allem gemessen am Rest Somalias – eine bemerkenswert positive Entwicklung.

Auch aus **regionaler Perspektive** gab es gegensätzliche Trends. Während die wirtschaftliche und politische Entwicklung Ostafrikas insgesamt positiv verlief und die regionale Integration durch die Aufnahme von Ruanda und Burundi in die *East African Community* voranschritt, blieben das Horn von Afrika und der Sudan – bei durchaus beeindruckenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsdaten etwa in Äthiopien und im Sudan – weltpolitische Krisenherde erster Ordnung, deren Bild von Armut, Gewaltkonflikten und geringer demokratischer Legitimation geprägt war.

2. Kenia

Bild und Selbstbild Kenias zur Jahresmitte 2007 waren voller Widersprüche. Auf der einen Seite standen eine solide wachsende Ökonomie und eine in vielen Belangen positive Grundstimmung; dazu gehörte auch die verbreitete Überzeugung, dass Präsident Mwai Kibaki die für das Jahresende anstehenden Wahlen wohl erneut gewinnen werde, obwohl er viele der in ihn 2002 gesetzten großen Hoffnungen (Antikorruptionspolitik, Verfassungsreform, u.a.) enttäuscht hat. Zugleich war der Eindruck weit verbreitet, dass die positive Wirtschaftsentwicklung die Armut im Land nicht wesentlich verringert habe; die parteipolitischen Verhältnisse waren sehr unübersichtlich, und seit dem Frühjahr 2007 überzog eine Welle der Gewalt das Land. Außenpolitisch stellte sich Kenia –

vielleicht noch deutlicher als in der Vergangenheit – an die Seite der USA und des "Kriegs gegen den Terror", den sie auch und gerade am Horn von Afrika führt.

Ambivalenzen in Wirtschaft und sozialer Entwicklung

Die kenianische Ökonomie verzeichnet seit ihrem Tiefpunkt im Jahr 2002 kontinuierlich steigende Wachstumsraten. Im Jahr 2006 wuchs das BIP real um 6,1%, und die Erwartungen für 2007 liegen sogar noch darüber (bei knapp 10% Inflation). Die kenianische Währung war stabil und legte in der ersten Hälfte des Jahres 2007 gegenüber wichtigen anderen Währungen noch zu; der Wechselkurs im Juli 2007 betrug 1 € = ca. 90 KSh (kenianische Shilling). Anders als viele andere afrikanische Volkswirtschaften, in denen vor allem extraktive Industrien vom globalen Rohstoffboom profitieren, verfügt die kenianische Wirtschaft mit diversifizierten Ex-

porten von (auch verarbeiteten) Agrargütern, einem florierendem Tourismus sowie einem Dienstleistungssektor, der von Nairobi und Mombasa aus weite Teile der ostafrikanischen Region versorgt, über eine vergleichsweise solide Basis. Die Börsenwerte und der Immobilienmarkt des Landes verzeichneten in den ersten Monaten des Jahres 2007 Höchststände (seither ist eine leichte Abkühlung eingetreten), und in der rasch wachsenden Zahl glitzernder Einkaufszentren in Nairobi und einigen anderen großen Städten zeigt sich die gewachsene Kaufkraft der wachsenden, wenn auch noch immer kleinen Mittelklasse.

All dies ist offenbar nicht bloß eine Seifenblase, die von einem schnellen Platzen bedroht wäre. In der Vergangenheit hat der Geschäftssektor in Wahljahren (mangels Auftragsvergabe) regelmäßig einen Niedergang erlebt; davon ist 2007 nichts zu spüren. Viele Geschäftsleute argumentieren, die strukturellen Reformen der letzten Jahre hätten politische und Wirtschaftsentwicklung effektiv voneinander entkoppelt. Zugleich verfügt der kenianische Staat über eigene Einnahmen in einem für Afrika sehr hohem Ausmaß; nach Jahren intensiver Reformbemühungen verdoppelten sich die Steuereinnahmen zwischen 2002 und 2005; heute liegt die Steuerquote bei 22% des BIP und soll weiter erhöht werden. Das von der Regierung Mitte Juni 2007 vorgelegte Budget lag mit 603 Mrd. KSh 20% höher als im Vorjahr und enthielt einige Geschenke an die Wähler (insbesondere im Bildungsbereich). Das dabei geplante Budgetdefizit von 18% schürte zwar Inflationsängste, doch wurde es als insgesamt durchaus realistisch betrachtet. Bemerkenswert war auch die sehr geringe Bedeutung des von internationalen Gebern der Entwicklungszusammenarbeit gelieferten Beitrags zum kenianischen Budget, der bei rund 5% liegt (auch wenn sein Anteil am kenianischen *Investiv*-Haushalt deutlich höher ist). Gegenüber manchen anderen Ländern des Kontinents, wo der externe Beitrag zum Staatshaushalt in 40% oder mehr erreicht, besitzen "die Geber" in Kenia nur eine geringe Bedeutung – und entsprechend gering etwa sind, wie sie oft beklagen, ihre Möglichkeiten, über Druck mit Konditionalitäten etwa eine verbesserte Korruptionsbekämpfung einzufordern. Stattdessen unternahm die kenianische Regierung Schritte, um sich stärker vom Westen abzukoppeln und ihre Außenbeziehungen zu diversifizieren, etwa durch Gespräche mit China (über wirtschaftliche Kooperationen) und Libyen (zur Sicherung der Ölversorgung).

All diese positiven Entwicklungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Früchte der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre den Armen in Kenia vergleichsweise wenig zugute gekommen sind. Tatsächlich blieb Kenia ein Land massiver Gegensätze von Arm und Reich, und Nairobi die Stadt mit zahlreichen der größten und härtesten Slums Afrikas. Zu Fragen von Armut und Ungleichheit in Kenia gab es in den letzten

Jahren zwar markante Positionen und eine breite öffentliche Diskussion, aber wenig aktuelle aussagekräftige Daten. Das änderte sich dieses Frühjahr, als das statistische Büro neue Statistiken veröffentlichte, die auf aufwändigen, in den Jahren 2005-06 durchgeführten Haushalts-Studien basierten. Sie zeichneten einen vorsichtig positiven Trend: So sank der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung Kenias von 52,3% (1997) auf 45,9% (2005/6), und von 49,2% auf 33,7% im städtischen Bereich. Die in Kenia ohnehin große soziale Ungleichheit (gemessen anhand des Gini-Index) hatte im gleichen Zeitraum in den Städten noch zugenommen (2005/6: 0,447), war aber auf dem Lande gesunken (2005/6: 0,380) (Kenya National Bureau of Statistics 2007: 43, 83). Kritiker der Regierungspolitik fühlten sich angesichts dieser gegenüber der offiziellen Euphorie doch recht schwachen Veränderungen (nur die Hälfte des untersuchten Zehnjahres-Zeitraums fällt überhaupt in die Amtszeit der Kibaki-Regierung) eher bestätigt.

Auffällig blieb auch das regionale Armutsgefälle im Land. Die ärmsten Regionen finden sich nicht etwa nur in den trockenen Gebieten des Nordens und Nordostens an den Grenzen zu Äthiopien und Somalia, wo auch in den vergangenen 12 Monaten trotz (im Vergleich zu 2005-06) stärkerer Regenfälle Nahrungsmittelnothilfe notwendig blieb (East African, 2.-8.7.07). Zu den ärmsten Regionen gehört bemerkenswerterweise auch die kenianische Küste (Coast Province), obwohl diese doch einen erheblichen Teil des Tourismus sowie eine substantielle kommerzielle Landwirtschaft beheimatet – Ergebnis vor allem einer "politischer Marginalisierung", wie es oft heißt, und mangelnder Möglichkeiten, gewählte Amtsträger aus der Region zur Verantwortung zu ziehen.

Dennoch: Die Regierung bewertete die Zahlen als Zeichen einer erfolgreichen Trendwende und verbreitete Optimismus. Die Regierung Kibaki hat deutliche Fortschritte bei der Rekonstruktion von Infrastruktur und Dienstleistungen gemacht, und zwar nicht nur durch erhöhte Investitionen, sondern insbesondere auch durch Privatisierung und erfolgreiche Reform halbstaatlicher Unternehmen (von denen einige inzwischen Gewinne abwerfen). Solche Fortschritte kommen auch ärmeren Bevölkerungsgruppen zugute und werden offenbar auch von ihnen wert geschätzt. Dies gilt insbesondere für die Aufhebung der Schulgebühren für den Primarschulbereich (Klassen 1-8) und das für 2008 angekündigte Ende der Schulgebühren auch in den Sekundarschulen. Durchaus vorhandene Kritik an der Qualität des Unterrichts ändert nichts an der Tatsache, dass in einer bildungshungrigen Nation, wie Kenia sie ist, die Schulgeldfreiheit der Regierung viel Popularität verschafft. Die Rehabilitierung des über zwei Dekaden verkommenen Straßennetzes macht auch in vielen ländlichen Gegenden erkennbare Fortschritte. Die Reform ländlicher Vermarktungssysteme hat substantielle Einkommensverbesserungen gerade auch für kleine

Farmer gebracht; ein Beispiel ist der Milchsektor, wo sich die Erzeugerpreise seit 2002 mehr als verdoppelten und die Produktion um mehr als Drittel wuchs (Daily Nation, 27.4.2007).

Wie in einigen anderen Gebieten Afrikas auch erlebten Kenia und seine ostafrikanischen Nachbarn eine Fortsetzung der rasanten Expansion des Mobiltelefonbereichs, dessen Nutzerzahlen sich in den vergangenen zwölf Monaten nochmals verdoppelten. Seit Einführung des GSM-Systems im Jahr 2000 bis zum Frühjahr 2007 wuchs die Zahl der Telefonanschlüsse in der Region insgesamt von 400.000 auf 17,7 Mio. Die Mobiltelefonrevolution hat das Alltagsleben der Region stark verändert; eine populäre Innovation der letzten Monate war die Einführung eines auf der Mobiltelefon-Infrastruktur basierenden Finanzdienstes, der den Transfer auch kleiner Beträge schnell und kostengünstig in ganz Kenia ermöglicht. Safaricom, eine der beiden großen Telekomfirmen der Region, stellte im Juni mit seiner Ankündigung eines Gewinn (vor Steuern) von 17,8 Mrd. KSh eine neue regionale Rekordmarke auf.

Parteien-Politik

Präsident Mwai Kibaki hat sich vom Tiefpunkt der Popularität in seiner Regierungszeit – dem Ende 2005 gescheiterten Verfassungsreferendum – offenbar vollständig erholt. Laut Umfrageergebnissen aus der ersten Jahreshälfte 2007 würde eine Mehrheit der Bevölkerung ihn wieder wählen (Steadman Group, March 2007; Daily Nation, 18.4.07). Dieser Befund ist angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, auf der die Regierung "surft", weniger überraschend als vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die kenianische Parteienlandschaft (einschließlich der Parteienkoalition, die Kibaki and die Macht gebracht hatte) sich in einer tiefen Krise befindet und im Vorfeld der für Ende 2007 geplanten Wahlen sehr unübersichtlich geworden ist.

Die Parteienkoalition *National Rainbow Coalition* (NARC), die die Wahlen Ende 2002 gewonnen hatte, ist zerfallen, ohne dass ihr Ende offiziell erklärt worden wäre. Bemerkenswerterweise hat selbst Präsident Kibaki sich bisher nicht geäußert, auf dem "Ticket" welcher Partei er überhaupt seine Kandidatur für eine Wiederwahl vorantreiben wird – klar ist nur, dass er trotz seines Alters eine zweite Amtszeit anstrebt. Mitte 2007 erscheint eine Koalition von NARC-Spaltungsprodukten unter Einbeziehung von *FORD-Kenia* und verschiedener regional verankerter Parteien (wie der an der Küste starken *Shirikisho Party*) als wahrscheinlichste Option. Im Juli verhandelten verschiedene Gruppen gar über eine offizielle Wiederbelebung von NARC.

Derweil war die Opposition tief gespalten. Aus der Ablehnungskampagne gegen die Verfassungsreform war das *Orange Democ-*

atic Movement Kenya (ODM-K) hervorgegangen, zu dessen Führern eine ganze Reihe politischer Schwergewichte gehören, an erster Stelle der Chef der *Liberal Democratic Party*, Raila Odinga, sowie Kalonzo Musyoka und Musalia Mudavadi. Unter ihnen gab es heftige Machtkämpfe, die ODM-K fast täglich in den Schlagzeilen der grossen kenianischen Tageszeitungen hielten – und das nicht gerade zum Vorteil der Partei.

Die neben ODM-K wichtigste zweite Oppositionsgruppe ist die *Kenya African National Union* (KANU), die das Land vier Jahrzehnte lang beherrscht hatte und seit 2002 die „offizielle Opposition“ im Parlament bildet. Ihr Führer, der 2002 Kibaki unterlegene Uhuru Kenyatta, konnte sich im November 2006 nur knapp mit gerichtlichen Mitteln eines parteiinternen „Putsches“ durch den vom ehemaligen Präsidenten Daniel arap Moi gestützten Konkurrenten Nicolas Biwott erwehren, danach aber seine Position stabilisieren. Der Konflikt ging auch darum, inwieweit KANU getrennt von ODM-K als selbständige Oppositionskraft erhalten bleiben sollte – phasenweise erschien eine geeinte Oppositionsfront möglich, zur Jahresmitte allerdings deutete sich eher ein Alleingang der KANU an.

Darüber hinaus war eine Vielzahl kleinerer Parteien registriert – 134 nach letzter Zählung (Daily Nation, 13.7.07). Zumindest einige von ihnen dürften sich als stark genug erweisen, um in möglichen Allianzbildungen eine Rolle zu spielen.

Partei politik in Kenia ist zuallererst ethnische Identitätspolitik – daran hat der Machtwechsel 2002, der selbst eher durch eine Rekonfiguration ethnischer Politikmuster zustande kam, als dass er auf deren Transformation basiert hätte, nichts grundsätzlich geändert. Die Parteien (mit gewisser Ausnahme der Traditionspartei KANU) existieren primär als Wahlvereine "großer Männer", die sich eine Chance aufs Präsidentenamt ausrechnen und an ethnische Wählerschaften appellieren. Programmatik und Mechanismen parteiinterner Meinungsbildung spielen demgegenüber eine geringe Rolle. Dies erklärt die große Fluidität in der Parteienlandschaft insgesamt ebenso wie die Machtkämpfe innerhalb von ODM-K zwischen Odinga (Luo), Musyoka (Kamba) und Madavadi (Luhya), die allesamt (bei allen Unterschieden, was Persönlichkeit und politischen Stil betrifft) weithin als Repräsentanten ihrer ethnischen Gruppen gesehen werden. In dieser Perzeption der ethnopolitischen Geographie Kenias beherrschen die Kikuyu seit 2002 wieder das Land – wobei Uhuru Kenyatta (der zugleich eine jüngere Politikergeneration repräsentiert) in diesem Segment längerfristig eine Konkurrenz für Kibaki darstellen wird, ihm 2007 aber nicht mehr als symbolische Erfolgchancen zugeschrieben werden. Klar ist auch, dass schon aufgrund der Demographie des Landes Präsidentschaftswahlen nicht allein auf Basis einer einzelnen eth-

nischen Gruppe gewonnen werden können, sondern Koalitionen mit anderen ethnischen Gruppen und Parteien sowie zahlreichen "lokalen Größen" geschlossen werden müssen.

Bei alledem ist das lokale Element in der kenianischen Politik wichtig. Es gilt reines Mehrheitswahlrecht, viele Wahlkreise sind hart umkämpft, und erfolgversprechende lokale Kandidatinnen und Kandidaten werden von den auf nationaler Ebene relevanten Parteien umworben. Die große Relevanz des Lokalen in der kenianischen Politik ist einerseits die logische Erweiterung (bzw. Basis) der dominanten ethnischen Politik; sie wurde andererseits in jüngerer Zeit durch die Einführung oder Verbreiterung von dezentralen Allokationsmechanismen noch verstärkt, am wichtigsten darunter der sogenannte *Constituency Development Fund* (CDF), in dessen Rahmen ein 2,5%-Anteil des Staatshaushalts direkt nach lokalen Vorgaben auf Wahlkreisebene verausgabt werden soll – idealerweise unter Beachtung von Regeln transparenter demokratischer Partizipation. Während die Qualität der Implementation dieses Fonds uneinheitlich gut scheint (umfassende empirisch basierte Bewertungen liegen noch nicht vor), findet das Prinzip großes öffentliches Interesse. Die HBS hat Mitte 2007 eine Studie fertig gestellt, die Möglichkeiten zur systematischen Erweiterung der im CDF und anderen "dezentralen Fonds" liegenden Chancen zur Humankapitalbildung gerade unterprivilegierter Gruppen aufzeigt und in die kenianische Diskussion bringen will.

Zugleich ist die enge Verzahnung zwischen Abgeordneten-Mandat und lokalen Entwicklungsanstrengungen nicht unproblematisch – auch gerade wenn sie funktioniert. Abgeordnete werden quasi zu "community development officers", wie Okiya Omtata Okoiti, ein Kolumnist der Daily Nation, es auf dem HBS Gender Forum in Nairobi am 31.5.07 ironisch formulierte: Sie rücken lokale Interessen so weit in den Vordergrund, dass sie den Blick für größere Zusammenhänge und Belange verlieren – oder aber Gefahr laufen, nicht wieder gewählt werden, wie dies nach verbreiteter Einschätzung der Friedensnobelpreisträgerin und Umweltaktivistin Wangari Maathai und ihrer Mazingira ("Umwelt") Partei innerhalb von NARC drohen könnte, die nach der Kabinettsneubildung von 2005 nicht wieder in die Regierung eingetreten ist und viel Arbeit in Afrika-weite und globale politische Initiativen investiert.

Frauen und Frauenrechtsthemen in der kenianischen Politik

Mit nur 18 weiblichen Abgeordneten (davon nur 9 gewählt, weitere 9 nominiert) hatte das neunte kenianische Parlament (222 Sitze) seit der Unabhängigkeit zwar einen höheren Frauenanteil als je zuvor – doch mit nur 8% lag er nicht nur weit unter der internationalen Empfehlung eines 30%-Anteils, sondern fiel zugleich deutlich

hinter die Standards aller anderen ostafrikanischen Staaten zurück. Auch in den gewählten lokalen Vertretungen waren nur 335 Frauen – von 2.891 Sitzen insgesamt. Für die zum Jahresende 2007 erwarteten Wahlen kandidieren Frauen als Kandidatinnen auf allen Ebenen. Am bekanntesten sind drei potentielle Kandidatinnen für die Präsidentschaft, die allerdings letztlich kaum Chancen haben: Julia Ojiambo und Nazlin Umar (die einzige muslimische Frau in einer solchen Position), die sich innerhalb von ODM-K gegenüber einer sehr dominanten männlichen Konkurrenz durchsetzen müssten, sowie Gesundheitsministerin Charity Ngilu, die 2002 zu NARC gehörte, sich inzwischen aber einer klaren politischen Lokalisierung entzieht. Schätzungsweise weitere 300 Kandidatinnen treten für Abgeordneten- und Sitze in den Lokalverwaltungen an, unter ihnen Beamtinnen, NGO-Vertreterinnen und Frauen aus dem Privatsektor. Die HBS und andere Organisationen unterstützen Kandidatinnen parteiübergreifend in Kampagnengestaltung, Medienarbeit usw. Es besteht eine realistische Chance, dass sich der Frauenanteil in den Parlamenten vergrößern wird.

Die kenianische Regierung hat in den vergangenen 12 Monaten eine Reihe von frauenpolitisch bedeutsamen Reformprojekten vorangebracht, allen voran den *Sexual Offences Act*, der am 21.7.06 in Kraft trat und nach Einschätzung von Frauenrechtlerinnen ein „Meilenstein“ war. „Vielleicht am wichtigsten ist die Regelung, dass Gewohnheitsrecht nicht als Verteidigung gegen kriminelle Akte genutzt werden kann.“ (Federation of Women's Lawyers Kenya 2007: 30). Präsident Kibaki kündigte darüber hinaus an, bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst zukünftig einen Frauenanteil von 30% verbindlich sein werde, und richtete einen mit 2 Mrd. KSh (zuzüglich eines 500 Mio. KSh-Beitrags des Privatsektors) ausgestatteten Women's Development Fund ein.

Ungelöste Probleme: Korruption und Gewalt

Bei allen wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen und der unbestrittenen Popularität des Präsidenten, der in der Öffentlichkeit integrativ und "großväterlich" auftritt, sind schwerwiegende Probleme der Regierung von Präsident Kibaki nicht zu übersehen. Eine Neuaufnahme der 2005 gescheiterten grossen Verfassungsreform wird inzwischen nicht mehr ernsthaft angegangen. Stattdessen sind Forderungen nach "minimalen Reformen" (z.B. zur weitergehenden Dezentralisierung oder zur Einführung parteiunabhängiger Kandidaturen) zum Spielball von Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und auch zivilgesellschaftlichen Gruppen geworden. Die Kibaki-Regierung hat die grossen Erwartungen, die bei ihrem Amtsantritt im Bereich Korruptionsbekämpfung bestanden, in keiner Weise erfüllt; Strafverfahren und Amtsenthebungen von Verdächtigen in prominenten Korruptionsfällen sind rar geblieben; selbst Bildungsminister George Saitoti, der im Frühjahr 2006 nach

massiven Korruptionsvorwürfen sein Amt niederlegen musste, ist inzwischen wieder ins Kabinett zurückgekehrt. Gezielte Sanktionen – etwa Einreiseverbote – der EU gegen korruptionsbelastete Persönlichkeiten sind nicht erfolgt. Der seit 2005 im Londoner "Exil" lebende ehemalige Chef der Anti-Korruptionsbehörde, John Githongo, veröffentlichte stückweise kritische Informationen, ohne dass daraus politische Folgen gezogen würden. Seit Beginn des Jahres 2007 kursieren (trotz offizieller Dementis) Berichte, wonach dem kenianischen Staat noch immer massive finanzielle Schäden aus den im Rahmen des "Anglo Leasing"-Korruptionsskandals seit 1997 ausgegebenen Promissory Notes ("unwiderrufliche Schuldverschreibungen" in Höhe von bis zu 50 Mrd. KSh!) drohen (Business Daily, 21.5.07). Ein weiteres und politisch hochsensibles Problem ist die Landfrage, insbesondere die langjährige Praxis der illegalen und korrupten Landaneignung. Die Kibaki-Regierung war das Problem mit einer umfassenden Untersuchung angegangen (Ndungu Land Commission 2004), aus der dann allerdings keine Konsequenzen gezogen wurde,

Was Offenheit der Gesellschaft und Meinungsfreiheit betrifft, ist die Kibaki-Regierung den Erwartungen des Jahres 2002 dagegen durchaus gerecht geworden. Der Spielraum für öffentliche Debatten und auch harsche Kritik ist gross und wird von zahlreichen (auch privaten) Print- und elektronischen Medien genutzt. Ein dramatischer Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie ihn der Überfall auf den East African Standard, eines der größten Medienunternehmen des Landes, im Frühjahr 2006 bedeutet hatte, ist glücklicherweise ein Einzelfall geblieben. Eine neues Mediengesetz ist vor dem Parlament, und Detailregelungen haben zu intensiven Debatten geführt. Eine möglicherweise anstehende Neuregulierung des NGO-Sektors in Kenia ließ manche Beobachter übermäßige Einflussnahme der Regierung befürchten. Zugleich gibt es tatsächlich Probleme mangelnder Koordination in der NGO-Arbeit, und der bestehende NGO Council ist aufgrund interner Probleme weitgehend handlungsunfähig. Zivilgesellschaftliche Akteure setzen die Suche nach Alternativen, die eher auf Selbst- denn auf staatliche Regulierung abzielen, fort.

Seit Anfang 2007 sieht Kenia sich wieder einmal einer Welle der Gewalt gegenüber. 112 Todesfälle (darunter 11 tote Polizisten) als Ergebnis von "gang-related violence" innerhalb eines Monats, konzentriert auf Nairobi und das zentrale Hochland, machten den Juni 2007 zu "einer der gewalttätigsten Perioden der jüngeren Geschichte" (Daily Nation, 3.7.07). Dabei mischt sich ethnische Selbstorganisation und Bandenkriminalität insbesondere bei den Mungiki, einer um 1985 gegründeten "Sekte", die sich auf kulturelle und religiöse Traditionen der Kikuyu beruft und heute als Vigilante-Gruppe illegale Sicherheits-Dienstleistungen in den Slums bereitstellt und zugleich vielerorts Schutzgelder vom Transportsek-

tor erpresst. Auf eine Serie aufsehenerregender, Mungiki zugeschriebener Morde im Mai folgten massive Polizeieinsätze, die von Übergriffen, Menschenrechtsverletzungen und extralegalen Hinrichtungen begleitet waren. Die von Morden an Polizisten verunsicherten Sicherheitsorgane führten am 5.6.07 eine regelrechte Strafexpedition im Slum Mathare Valley durch, die 21 Todesopfer forderte. Beobachter gehen davon aus, dass die Welle der von Mungiki ausgelösten Gewalt auch Ergebnis der Manipulation dieser Organisation durch Politiker ist, die sich dadurch Vorteile in den anstehenden Wahlen erhoffen. Weitere schwere gewaltsame Konflikte resultierten aus Landstreitigkeiten im Gebiet des Mount Elgon sowie aus dem sogenannten "cattle rustling" im Norden Kenias, d.h. der als "traditionell" legitimierten Praxis des Viehdiebstahls zwischen verschiedenen ethnischen und lokalen Gruppen, bei denen heute automatische Waffen zum Einsatz kommen. Trotz einer umfassenden Entwaffnungsaktion 2006 setzten sich solche Vorfälle, die oft das Ausmaß regelrechter Kriege mit hunderten von bewaffneten Angreifern und Dutzenden von Todesopfern erreichen, fort, teilweise auch über die kenianisch-ugandische Grenze hinweg.

Umweltprobleme und extraktive Industrien

Im November 2006 fanden die 12. Mitgliederkonferenz der *UN Framework Convention on Climate Change* und im Januar 2007 das Weltsozialforum in Nairobi statt. Die mit solchen Großereignissen verbundene internationale Aufmerksamkeit richtete sich für einige Momente auch auf die Umwelt- und sozialen Probleme Kenias (auch wenn ihre längerfristigen Wirkungen auf das Land vermutlich gering sind) und gab eine Bühne für prominente Aktionen, beispielsweise die *Billion Tree Campaign*, die von Wangari Maathai und UNEP ins Leben gerufen wurde. Der Erhalt der afrikanischen Wälder bzw. ihre Wiederaufforstung ist kontinentweit ein wichtiges Thema geworden, und die HBS unterstützt Wangari Maathais Green Belt Movement in diesem Bereich. Unabhängig davon sind in Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und dem kenianischen statistischen Büro inzwischen exzellente Datengrundlagen über die Zusammenhänge von Umwelt und Sozialentwicklung in Kenia geschaffen worden, die zukünftige Arbeit in beiden Bereichen anleiten sollte (World Resources Institute 2007).

Auch in Kenia wächst inzwischen das Bewusstsein für den globalen Klimawandel; jedenfalls werden die Dürre- und Überflutungsereignisse der letzten Jahre zunehmend innerhalb dieses Paradigmas interpretiert, wobei mangelnde Kenntnis von Zusammenhängen und (Re)Aktionsmöglichkeiten für die Arbeit der HBS eine Herausforderung bleiben. Der kenianische Schnittblumenexport per Flugzeug nach Europa (mit 49 Mrd. KSh einer

der größten Devisenquellen des Landes) geriet im Zuge der Klimawandeldiskussion vor allem in Großbritannien unter Beschuss, nachdem Supermarktketten dort das "food miles"-Label einführen, um für lokal produzierte Agrargüter zu werben. Die kenianische Schnittblumenindustrie konterte mit dem Argument, dass die beim Flugzeugtransport der Blumen erzeugte CO₂-Emission weit geringer seien als bei der Blumenproduktion in beheizten Gewächshäusern in Holland (Business Daily, 11.7.07).

Die rasch wachsende globale Rohstoffnachfrage (vorangetrieben auch durch viele relativ neue Akteure wie China, Malaysia oder auch Australien) wird inzwischen auch in Kenia und anderen Staaten der Region deutlich. In Uganda wird bereits Erdöl, in Tansania Erdgas gefördert; aufwändige Explorationsbohrungen vor der kenianischen Küste haben bislang noch keine Ergebnisse gezeigt, werden aber hier oder in anderen Landesteilen weitergeführt. Titanförderung in großem Maßstab und mit chinesischer Beteiligung ist in Vorbereitung. Auch Ostafrika gerät zunehmend in den Bann extraktiver Industrien, mit all den daran geknüpften finanziellen Hoffnungen und all ihren absehbaren problematischen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Folgen, wie sie unter dem Begriff des "Ressourcenfluchs" in vielen anderen Teilen Afrikas und der Welt erkennbar geworden ist. Für die Arbeit der HBS in der Region ist die Rolle extraktiver Industrien seit Anfang 2007 zu einem wichtigen Thema geworden, das zukünftig ausgebaut werden soll.

Regionalintegration und Außenpolitik im "Krieg gegen den Terror"

Nach ihrer Zulassung im November 2006 traten Ruanda und Burundi am 18.6.07 offiziell der *East African Community* (EAC) bei und vergrößerten die Gemeinschaft damit um eine Bevölkerung von über 20 Mio. Menschen. Kenia ist und bleibt die wichtigste Wirtschaftsmacht innerhalb der EAC, und während der Beitritt für die neuen Mitglieder (als Binnenstaaten) den Zugang zu den ostafrikanischen Märkten erleichtert, kann sich Kenia eine weitere Verstärkung seiner regionalen Position ausrechnen. Tatsächlich wird ein substantieller Anteil der Direktinvestitionen in ostafrikanischen Staaten von kenianischen Firmen getätigt, die Produktionskapazitäten in Nachbarstaaten aufbauen.

Außenpolitisch behielt Kenia seine bereits traditionelle Rolle als Drehscheibe regionaler und internationaler Kommunikation und Diplomatie bei. Im Zusammenhang mit der Zuspitzung des Somalia-Konflikts verschärfte die kenianische Regierung allerdings zum Jahresende ihre Gangart gegenüber Gegnern der äthiopischen Intervention. Anfang Januar 2007 wurden mehr als zwei Dutzend Mitglieder des somalischen Übergangsparlaments, von denen viele

aus politischen oder Sicherheitsgründen in Nairobi lebten, ausgewiesen. Kenia riegelte seine Grenzen zu Somalia ab, nicht nur aus der nachvollziehbaren Sorge um die innere Sicherheit des Landes (da vor allem ein Eindringen bewaffneter Kämpfer sowie ein unkontrollierter Zufluss von Waffen befürchtet wurde), sondern offenkundig auch direkt zur Unterstützung des militärischen Vorgehens Äthiopiens und der USA in Somalia (siehe nächsten Abschnitt). Die kenianischen Sicherheitsbehörden wiesen mehrere Dutzend Terror-Verdächtige nach Äthiopien und Somalia aus, darunter offenbar auch kenianische Staatsbürger, was zu Protesten nicht nur von Menschenrechtsorganisationen führte, sondern auch von Mitgliedern der muslimischen Minorität in Kenia selbst (ca. 10-15% der Bevölkerung, mehrheitlich an der Küste). Kenianische Muslime sehen sich durch die Sicherheitspolitik der Regierung zusehends einem Pauschalverdacht ausgesetzt, was ihre traditionelle Distanz zur kenianischen Regierungspolitik weiter verstärkt.

3. Somalia

In Süd- und Zentral-Somalia übernahm im Juni 2006 die Union der islamischen Gerichte die Macht. Sie stellte einen seit langem unbekanntem Grad von Sicherheit und Ordnung vor allem in Mogadischu her; zugleich aber bedrohte sie die von Äthiopien und international gestützte Übergangsregierung und wurde von den USA verdächtigt, Akteure des islamistischen Terrors zu unterstützen. Mit einer militärischen Intervention zum Jahreswechsel stürzte Äthiopien die Union der islamischen Gerichte und etablierte die somalische Übergangsregierung in Mogadischu, welche sich bislang allerdings als unfähig erwies, einen nationalen Versöhnungsprozess voranzutreiben. Derweil erlebte die nach Unabhängigkeit strebende Region Somaliland trotz wirtschaftlicher Probleme und vereinzelter Übergriffe des Präsidenten gegen unliebsame Journalisten politische Stabilität und – gemessen am Rest Somalias – bemerkenswert positive Entwicklung.

Die Herrschaft der islamischen Gerichte

In Somalia war das nach langwierigen Verhandlungen in Kenia 2004 gebildete Übergangsparlament im Februar 2006 erstmals in Baidoa zusammengetreten. Allerdings hatte die Übergangsregierung (*Transitional Federal Government*, TFG) unter Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed und Premierminister Ali Mohamed Gedi ihre Macht effektiv nicht über diese Stadt hinaus ausdehnen können. Stattdessen wuchs die Bedeutung einer ebenfalls 2004 gebildeten Union islamischer Gerichte. Diese nach den Regeln der Sharia urteilenden, lokalen und Clan-basierten Gerichte waren nach dem

Zerfall des somalischen Staats Anfang der 1990er Jahre als eine der wenigen legitimen Institutionen von Gerichtsbarkeit übrig geblieben bzw. neu begründet worden. Einzelne Gerichte besaßen üblicherweise kaum eigene Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen; ihre Vereinigung in Form einer "Union der islamischen Gerichte" (mit politischem Anspruch) jedoch war seit 2004 zu einem Machtfaktor mit eigener Miliz und schweren Waffen geworden. Die zunächst 5, seit 2005 dann 11 zur Union gehörenden Gerichte entstammten fast alle dem im Süden ansässigen Hawiye-Clan. Politischer Führer der Union war der als gemäßigt geltende Sheik Sharif Sheik Ahmed, doch zumindest einzelne Gerichte und Führer der Union zeigten wesentlich radikalere islamistische Tendenzen. Vor allem der US-amerikanische Geheimdienst CIA ging davon aus, dass die Union Mitglieder von al-Qaida beherberge oder schütze; dabei spielte Sheikh Hassan Dane Aweys, Chef der *al-Itihaad al-Islamiya* (einer in den 1990er Jahren aktiven militanten Organisation, der Verbindungen zur al-Qaida nachgesagt wurden) eine prominente Rolle. Als militärisches Gegengewicht zur Union der islamischen Gerichte (und durchaus nicht konsistent mit der offiziellen US-Unterstützung für das TFG) förderte der CIA eine Koalition von Warlords (die *Alliance for Peace and Counter-Terrorism*), die nicht unbedingt mit der Übergangsregierung kooperierten.

Zur Überraschung der meisten Beobachter besiegte die Miliz der islamischen Gerichte, begünstigt durch einen Seitenwechsel mehrere Clan-Milizen, in relativ kurzen, aber heftigen Kämpfen diese Warlord-Koalition, übernahm Mitte Juni 2006 die Kontrolle über Mogadischu und erweiterte in den Folgezeit ihren Machtbereich über fast ganz Süd- und Zentralsomalia – mit Ausnahme des Sitzes der durch äthiopische Militärpräsenz geschützten Übergangsregierung in Baidoa.

Die Herrschaft der islamischen Gerichte erwarb sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 dadurch, dass sie einen seit Jahren unbekanntes Grad von Sicherheit gerade in Mogadischu herstellte, einige populäre Anerkennung. Zugleich führten ihre Versuche, öffentliche Moral nach fundamentalistischen Grundsätzen zu erzwingen (etwa durch ein Verbot des Konsums von Khat, von Kinoveranstaltungen und auch von öffentlichen Übertragungen von Spielen der Fußballweltmeisterschaft) auch zu Unmut und, vereinzelt, Widerstand. Der somalische Volksislam gilt als tolerant und steht der fundamentalistischen Islam-Interpretationen, wie sie von Führern der Gerichte propagiert wurden, mit einiger Distanz gegenüber.

Nachdem die Gerichte die Macht in Mogadischu übernommen hatten, bildeten sie einen Obersten Rat, dessen Vorsitzender Sheik Sharif blieb, sowie einen Rat (*shura*) unter Führung des radikale-

ren Sheik Aweys, dessen Positionen in den Folgemonaten dominanter wurden. Zugleich blieb auch das System der islamischen Gerichte von Misstrauen und Interessengegensätzen, wie sie die Struktur der Clans und Sub-Clans Somalias bestimmt, gekennzeichnet. Ein Verhandlungs- und Versöhnungsprozess zwischen den Gerichten und der Übergangsregierung, in der die Regierung des Sudan als Vermittler auftrat, blieb ergebnislos. Insbesondere Sheik Aweys brachte durch Drohungen gegen die äthiopische Präsenz in Baidoa sowie vor allem durch die Wiederbelebung von Forderungen nach einem Groß-Somalia (mit Gebietsansprüchen auf den äthiopischen Ogaden und die von ethnischen Somali bewohnten Regionen Nordost-Kenias) die Nachbarstaaten zusehends gegen sich und die Herrschaft der Gerichte auf. Am 15.11.06 stellte der Bericht einer Militärbeobachtungsmission für den UN-Sicherheitsrat fest, dass das Waffenembargo über Somalia von allen Seiten gebrochen werde – während die Übergangsregierung von Äthiopien, Uganda und dem Yemen unterstützt werde, erhielten die Gerichte Waffen und Training aus verschiedenen Staaten des Nahen Ostens und Eritrea; angeblich, so der Bericht, würden sogar somalische Kämpfer der Hisbollah im Libanon zur Verfügung gestellt (Africa Confidential, 17.11.06). Spätestens nach diesem (womöglich übertriebenen) Bericht, aus dem US-Stellen die Forderung nach einem Ende des Embargos ableiteten, um der Übergangsregierung direkte Unterstützung zukommen zu lassen (East African, 4.12.06), häuften sich die Warnungen vor einem unmittelbar bevorstehenden Kriegsausbruch.

Äthiopische Intervention und Einsatz der Afrikanischen Union

Die äthiopische Armee nutzte nicht zuletzt den Mangel weltöffentlicher Aufmerksamkeit während der Weihnachtstage 2006 für einen schnellen und – jedenfalls auf kurze Sicht – ausgesprochen erfolgreichen Militärschlag. Auf Einladung der Übergangsregierung und unterstützt durch US-Logistik und -Aufklärung nahm sie Mogadischu kampflos ein, nachdem die Milizen der islamischen Gerichte ihre Waffen teilweise an Clan-Milizen übergeben und sich aus der Stadt zurückgezogen hatten. Größere Verbände der Milizen der islamischen Gerichte wurden bis 10.1.07 im Süden Somalias (zunächst in Kismayo und dann in Ras Kamboni, unmittelbar an der inzwischen abgeriegelten Grenze zu Kenia) eingekesselt und mit Unterstützung der US-Marine, die die See abriegelte, sowie gezielten US-Luftangriffen zerschlagen. Trotz erster gegenteiliger Meldungen gelang es der US-Luftwaffe nicht, die für die Bombenanschläge auf US-Botschaften in Kenia und Tanzania 1998 Hauptverantwortlichen zu treffen. Auch wenn die Milizen der islamischen Gerichte militärisch überraschend schnell geschlagen wurden, ist davon auszugehen, dass ein guter Teil ihrer Mitglieder entkommen konnten; jedenfalls ist nicht über eine Gefangennahme einer größeren Zahl von Milizionären bekannt geworden. Zum En-

de des konventionellen Kriegs im Januar 2007 jedenfalls war das Szenario für einen Guerilla-Kriegs bereits absehbar.

Angesichts der konzertierten Militäraktion Äthiopiens und der USA in Somalia ist vielfach behauptet worden, die USA hätten Äthiopien im Rahmen des "Kriegs gegen den Terror" instrumentalisiert und Äthiopien zur militärischen Intervention in Somalia manipuliert. Diese Interpretation greift zu kurz. Zweifellos war die US-amerikanische Politik in Somalia stark durch das Paradigma des Anti-Terror-Kampfs bestimmt gewesen und hat (etwa durch die Unterstützung der Warlords) diesem Ziel die längerfristige Frage einer Rekonstruktion legitimer Staatlichkeit untergeordnet – mit problematischem Ergebnis, wie die auf den Krieg folgende Unfähigkeit der Übergangsregierung, einen Friedens- und Versöhnungsprozess zu organisieren, zeigen sollte. Zugleich aber verfolgt die äthiopische Politik in Somalia seit langem eigene (Sicherheits)interessen; die äthiopische Unterstützung für den Präsidenten der Übergangsregierung, Abdullahi Yusuf, datiert bereits aus der Zeit vor dem "Krieg gegen den Terror". Darüber hinaus machten militante islamistische Führer wie Aweys sehr aggressive Äußerungen gegenüber Äthiopien – und wurden auch noch von Eritrea unterstützt, das nicht nur Waffen lieferte, sondern auch militärisches Personal (allerdings in ungeklärtem Ausmaß) nach Somalia schickte. Letzteres allein mag aus äthiopischer Sicht ein hinreichender Kriegsgrund gewesen sein. Statt von einem äthiopischen Stellvertreterkrieg im Interesse der USA zu sprechen, erscheint es angemessener, von einer Übereinstimmung äthiopischer und US-amerikanischer Interessen auszugehen – und dabei nicht zu übersehen, dass auch die somalische Übergangsregierung unter Präsident Abdullahi Yusuf ihren Teil dazu beigetragen haben mag, konnte sie doch auf diese Weise zwei regionale bzw. globale Großmächte dazu bringen, in ihrem Interesse für sie militärisch zu intervenieren und sie gar in Mogadischu zu etablieren.

Auch wenn die Übergangsregierung unter Präsident Abdullahi Yusuf sich nur wenige Tage nach Ende der Kampfhandlungen in Mogadischu etablierte, blieb die Situation in der Stadt sehr unsicher – zumal bald nach Beendigung der Kämpfe einige der Warlords, die im Vorjahr vor den Milizen der islamischen Gerichte geflohen waren, in die Stadt zurückkehrten. Entwaffnungsaktionen begannen unmittelbar nach der Machtübernahme, doch hatten sie zunächst allenfalls symbolische Bedeutung. Ab Ende März und im April kam es erneut zu schweren Kämpfen in Mogadischu, als äthiopische Truppen in Stadtteile vordrangen, die von Kämpfern der islamistischen al-Shabaab sowie Hawiye-Milizen gehalten wurden. Bei den Kämpfen, bei denen auch Hubschrauber im dicht bebauten Stadtgebieten zum Einsatz kamen, soll es rund 1.000 Tote gegeben haben; gegen die äthiopische Armee wurden Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen erhoben. 300-400.000 Menschen flo-

hen aus Mogadischu, was zu humanitären Krise in Südsomalia und an der (offiziell noch immer geschlossenen) Grenze zu Kenia führte.

Seit Mai 2007 hat es keine schweren Kämpfe mehr in Mogadischu gegeben, aber fast täglich wurden einzelne Angriffe, Morde und Bombenanschläge gemeldet; Parallelen zum Irak (wenn auch in weit geringerer Intensität) sind unübersehbar. Die Entwaffnung wurde fortgesetzt – teilweise zwangsweise mit Durchsuchungen und Verhaftungen, teilweise aber auch freiwillig, wie etwa die wohlpublizierte Übergabe von Teilen des Arsenal, das die grossen somalischen Telekommunikations- und Finanzfirmen über die Jahre angehäuft hatten, an die Truppen der Afrikanischen Union (BBC News, 3.5.07). Die Sicherheitssituation in Mogadischu zur Jahresmitte blieb uneindeutig.

Bereits Ende Januar 2007 kündigte die äthiopische Regierung an, ein Drittel ihrer Truppen abzuziehen, und tatsächlich wurde die äthiopische Präsenz seither substantiell reduziert. Ein vollständiger Abzug jedoch war vor allem davon abhängig, ob und wie schnell eine von der Afrikanischen Union (AU) gestellte Friedenstruppe AMISOM die Sicherheit würde gewährleisten können. Obwohl eine solche Lösung von allen Seiten angestrebt wurde, standen die Zeichen für eine Realisierung von Anfang an eher schlecht. Als Zielgröße wurden 8.000 AU-Soldaten genannt – eine angesichts der militärischen Lage ohnehin recht geringe Zahl, verglichen mit der äthiopischen Präsenz, die während des Kriegs mehrere 10.000 Soldaten umfasst hatte. Doch die Realität blieb noch weit unter diesem Zielwert. Unmittelbare Nachbarstaaten Somalias sollten an der Friedensmission nicht beteiligt werden. Verschiedene Mitgliedsstaaten der AU – vor allem Uganda, Nigeria und Burundi – machten Zusagen in Höhe von insgesamt 4.000 Soldaten, doch erst Anfang März trafen die ersten von insgesamt 1.600 (nach anderen Angaben nur 1.400) ugandischen Soldaten überhaupt in Somalia ein – und gerieten prompt unter Beschuss. Bis Mitte des Jahres waren keine weiteren AU-Truppen eingetroffen (für Juli war die Ankunft eines burundischen Kontingents angekündigt) – und der Grund dafür besteht nicht nur in Finanzierungsproblemen, sondern wesentlich darin, dass die AU-Staaten ihre Soldaten nicht unübersehbaren Risiken aussetzen wollen. Ende Juni machte der Ministerpräsident der Übergangsregierung Ali Gedi seine Enttäuschung öffentlich und plädierte gar für eine Entsendung von UN-Truppen nach Somalia (BBC News 29.6.07). Die AU ist in Somalia den in sie gesetzten Hoffnungen in keiner Weise gerecht geworden – und man kann es ihren Mitgliedern angesichts der Unsicherheit der Lage im Land nicht einmal verdenken. Anfang Juli 2007 jedenfalls schien ein vollständiger Abzug der äthiopischen Truppen aus Somalia in weiter Ferne.

Die Übergangsregierung an der Macht

Die Übergangsregierung unter Abdullahi Yusuf hat bislang kaum vermocht, die widerstreitenden Fraktionen der somalischen Gesellschaft einander näher zu bringen. Manche seiner Gegner sprechen dem Präsidenten ab, dies überhaupt ernsthaft zu wollen: Abdullahi Yusuf sei viel zu sehr ex-Warlord und Partei, um eine solche integrative Rolle einnehmen zu können. Eine unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten Ali Mahdi Mohamed organisierte Versöhnungskonferenz, die alle Parteien an einen Tisch bringen soll, wurde seit Mitte April zweimal verschoben, und dies nicht nur aus Sicherheitsbedenken oder finanziellen Erwägungen (das erste vorgelegte Konzept sah eine Konferenz mit 3.000 Delegierten vor!), sondern auch wegen des Misstrauens relevanter Gruppen, insbesondere der Hawiye. Sehr umstritten ist auch eine Beteiligung moderater islamistischer Führer am Versöhnungsprozess. Schon im Januar hatten die USA und die EU sich dafür eingesetzt, etwa den ehemaligen Vorsitzenden der Gerichte, Sheik Sharif Sheik Ahmed (der sich im Januar kenianischen Sicherheitskräften ergeben hatte und nach einer Befragung in den Yemen ausgewandert war), einzubinden. Präsident Abdullahi Yusuf lehnte eine solche Beteiligung zunächst kategorisch ab, erließ aber im Juni schließlich – offenbar auf internationalen Druck hin – eine "Amnestie" für alle Islamisten ohne Verbindungen zum "internationalen Terrorismus" (BBC News 19.6.07). Allerdings lehnten Sheik Sharif und andere Gegner der Übergangsregierung, die inzwischen mit eritreischer Unterstützung in Asmara einen Oppositionskern im Exil gebildet haben, eine Versöhnungskonferenz unter Kontrolle der Übergangsregierung ab, solange die äthiopischen Truppen nicht abgezogen sind. Die Versöhnungskonferenz wurde am 15.7.07 formell eröffnet, doch nach mehreren Granaten-Einschlägen nahe des Tagungsgebäudes vertagte sie sich sogleich wieder – um mehr Delegierten die Teilnahme zu ermöglichen, wie es hieß. Angesichts der starken Gegenkräfte waren Verlauf und mögliche Ergebnisse der Konferenz völlig offen.

Verglichen mit der Unsicherheit und dem politischen Chaos seit Jahresanfang 2007 erscheinen die Monate der Herrschaft der islamischen Gerichte in Mogadischu heute im Rückblick auch vielen Somalis, die den Gerichten nicht nahe standen, als eine Periode von Ordnung und Frieden – wie auch von Hoffnung auf eine stabilere Neuordnung des Landes. Als entscheidendes destruktives Ereignis wird nicht etwa die Machtübernahme von "Fundamentalisten", sondern die äthiopische Intervention gewertet. Diese Intervention führte zu einem markanten Erstarken nationalistischer Gefühle, das wenig mit Sympathie für die Islamisten zu tun hat, aber viel mit dem Misstrauen gegen den großen Nachbarn, der von vielen gleichsam als "Erbfeind" wahrgenommen wird, dem man unterstellt, an einem stabilen und unabhängigen Somalia kein Inte-

resse zu haben. Das Misstrauen gegenüber dem Übergangspräsidenten Abdullahi Yusuf speist sich nicht nur aus dessen Biographie als Warlord, sondern ganz wesentlich aus der Tatsache, dass ihn viele primär als Marionette Äthiopiens wahrnehmen. Die Unterstützung Eritreas für die Opposition spitzt diesen Konfliktkonstellation nur noch weiter zu.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte 2006 eine Konferenz somalischer Intellektueller (organisiert im *National Civic Forum*), bei der Entwicklung sektoraler Perspektiven für den Wiederaufbau des Landes sowie die Frauenorganisation *Save Somali Women and Children*, die noch im November 2006 einen Workshop unter Beteiligung moderater Vertreter der islamischen Gerichte (darunter Sheik Sharif) durchführte, um somalischen Frauen eine stärkere Rolle in der Politik des Landes zu geben. Der Krieg hat positive Ansätze dieser Art weit zurückgeworfen. Dennoch wird die Stiftung 2007 auch weiterhin Dialogprogramme fördern, um den Versöhnungsprozess in Somalia zu unterstützen.

Somaliland: Eine fragile Insel der Stabilität

Weitgehend unbeobachtet von der Weltöffentlichkeit, deren Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Mogadischu gerichtet war und ist, gelang es dem nach Unabhängigkeit strebendem Somaliland (d.h. dem nordwestlichen Teil Somalias, der bis 1960 britische Kolonie gewesen war), trotz großer wirtschaftlicher Probleme (Armut und starke Abhängigkeit von Überweisungen aus der Diaspora) von den Konflikten Süd- und Zentralsomalias weitgehend unberührt zu bleiben. Trotz einiger Brandanschläge auf Regierungsbüros in jüngster Zeit erlebte Somaliland weiterhin relative politische Stabilität. Bei generellem internationalem Wohlwollen blieb Somaliland eine formelle Anerkennung als separatem Staat trotz aller Bemühungen (einschließlich Demonstrationen der Diaspora in Großbritannien und Norwegen) verwehrt. Sie ist auch in der näheren Zukunft wenig wahrscheinlich: Sie würde einen im afrikanischen Kontext problematischen völkerrechtlichen Präzedenzfall schaffen, könnte negative Rückwirkungen auf den Friedensprozeß in Süd- und Zentral-Somalia haben, und würde mit einiger Wahrscheinlichkeit einen Konflikt um die Ostgrenze mit Somalias autonomer Region Puntland nach sich ziehen. Aber die de facto-Anerkennung geht weit: Im Dezember 2006 besuchte eine kenianische Parlamentsdelegation Somaliland und sprach sich danach für eine Anerkennung aus; im April 2007 besuchten Parlamentarier Somalilands Uganda, um für ihr Anliegen zu werben. Die Regierung Schwedens kündigte im Frühjahr 2007 an, Somaliland für die Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit als selbstverwaltetes Territorium anzuerkennen (Somaliland Times, 24.3.07). Selbst in der AU scheinen die Sympathien für eine Anerkennung zu wachsen (Africa Confidential, 6.7.07).

Die von Vieh- und Kamelexporten auf die arabische Halbinsel abhängige Wirtschaft Somalilands hatte durch ein langjähriges Importverbot Saudi-Arabiens schweren Schaden genommen. Dieses Verbot wurde Ende 2006 aufgehoben, doch erging nach dem Ausbruch von Rift Valley-Fieber in Kenia eine neue Handelssperre, diesmal mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. In Berbera, dem wichtigsten Hafen Somalilands, kam der Handel fast zum Erliegen. Seit der Aufhebung des neuerlichen Importverbots Anfang Mai 2007 verbesserte sich die Situation.

Somalilands demokratische Institutionen erlebten seit Anfang 2007 eine Reihe von Krisen, die vor allem aus Machtkämpfen zwischen der Regierung von Präsident Dahir Rayale Kahin einerseits, und Teilen des Parlaments und der Zivilgesellschaft andererseits herrührt. Ein Streitpunkt waren die Neuernennungen zur Wahlkommission, ein anderer die Frage der Amtszeitverlängerung der *gurti* (d.h. der zweiten, aus ernannten Vertretern der Clans zusammengesetzte Kammer des Parlaments, die in der Vergangenheit stabilisierend gewirkt hat, aber auch ausgesprochen konservativ ist). Ebenfalls strittig ist, ob die *gurti* in Zukunft gewählt oder aber (wie bisher) ernannt werden soll. Der Präsident machte sich der Verletzung der Meinungsfreiheit schuldig, als er Journalisten der *Haatuf* (*Somaliland Times*) verhaften ließ, die ihn der Korruption beschuldigt hatten. Die von einem Gericht zu zweieinhalbjähriger Haft verurteilten Journalisten wurden im April 2007 nach Intervention einer EU-Delegation begnadigt und freigelassen (Sub-Saharan Informer, 6.4.07).

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt in Somaliland eine Dachorganisation von Frauengruppen, die sich neben allgemeiner Frauenrechtsarbeit speziell auch um Partizipation von Frauen in politischen Prozessen und Institutionen (zum Beispiel in der Wahlkommission) bemüht und das Familien- und Entwicklungsministerium Somalilands bei der Ausarbeitung einer nationalen Gender-Politik berät. Darüber hinaus unterstützt die Stiftung die Arbeit lokaler Gruppen, die durch Aufklärungsarbeit das Verständnis für die spezifischen Umweltprobleme des Landes wecken und Alternativen zur extensiven Nutzung von Holzkohle entwickeln, welche den ohnehin prekären Baumbestand in der ariden Region gefährdet.

4. Regionale Perspektiven

Während die wirtschaftliche und politische Entwicklung Ostafrikas insgesamt positiv verlief und die regionale Integration durch die Aufnahme von Ruanda und Burundi in die *East African Community* (EAC) voranschritt, blieben das Horn von Afrika und der Sudan – bei durchaus beeindruckenden gesamtwirtschaftlichen Ent-

wicklungsdaten etwa in Äthiopien und im Sudan – weltpolitische Krisenherde erster Ordnung, deren Bild von Armut, Gewaltkonflikten und geringer demokratischer Legitimation geprägt war.

Fortschritte bei der ostafrikanischen Integration

Die regionale Integration Ostafrikas kommt voran – ohne dass dies im Rest der Welt viel Aufmerksamkeit erzielte. Die 2005 gegründete Zollunion zwischen Kenia, Uganda und Tansania hat die Wirtschaftsbeziehungen in der Region vereinfacht und intensiviert – vom Warenaustausch bis zur Erleichterung des Börsenzugangs für Bürger der Nachbarstaaten. Inzwischen werden die Budgets der Mitgliedsstaaten parallel zueinander beraten und verabschiedet. Am 18.6.07 traten Ruanda und Burundi der EAC bei, und die Zielmarke, bis zum Jahr 2010 Ostafrika auch zu einer politischen Föderation zu machen, steht.

All dies ist ein ausgesprochen positiver Kontrast zu dem grandiosen und (wie unter anderen auch die Präsidenten Kenias und Ugandas höflich anmerkten) zugleich völlig unrealistischen Plan einer panafrikanischen Regierung, der erst jüngst wieder auf dem AU-Gipfel in Accra Anfang Juli 2007 von den Präsidenten Libyens und des Senegal propagiert wurde. Viele Menschen in der Region sehen die Integration durchaus ambivalent. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke droht Kenia die Gemeinschaft zu dominieren; zugleich hat die Regierung des Landes bei der Ernennung von Vertretern für die *East African Legislative Assembly* eine wenig konstruktive Rolle gespielt. Zugleich geht die Integration in den verschiedensten Dimensionen von Alltagsbeziehungen geradezu eigenständig voran: Zahlreiche kenianische Eltern schicken ihre Kinder in Uganda zur Schule; unterstützt durch neue Medien (zum Beispiel den Musikkanal EATV) ist eine Ostafrika-weite Musikindustrie und Jugendkultur mit spezifischen Stilen entstanden; und der Gebrauch von Kiswahili als regionaler Verkehrssprache weitet sich auch in Regionen aus, in denen er bisher nur schwach war, zum Beispiel in Uganda (Society for International Development 2006, 2007).

Diese wirtschaftliche und politische Integration bietet grundsätzlich eine gute Voraussetzung dafür, die grundlegenden Probleme der Region (darunter das sehr hohe Bevölkerungswachstum und die verbreitete Armut, große soziale Ungleichheit und Krankheiten wie HIV/AIDS und Malaria) anzugehen. In den letzten Jahren wurden Ansätze zur Rekonstruktion der lange vernachlässigten regionalen Infrastruktur unternommen, zum Beispiel durch die Erneuerung des Eisenbahnnetzes und wichtiger Straßenverbindungen. Ein besonderer Schwachpunkt ist die Energieversorgung, insbesondere die große Abhängigkeit von Wasserkraft, welche sich angesichts erkennbarer Klimaveränderungen als immer weniger

zuverlässig erweist. Vor allem in Uganda und Tansania musste die Stromversorgung oft drastisch rationiert werden – und dies, obwohl überhaupt nur 10% der Bevölkerung der Region an die Versorgungsnetze angeschlossen sind. Fossile Energieträger stellen nicht zuletzt mangels entsprechender Vorkommen keine rechte Alternative dar; stattdessen bietet sich die Nutzung anderer, dezentraler Formen regenerativer Energie (Wind, Sonne) sowie der grossen geothermischen Potentiale entlang des Rift Valley an, wird aber bislang wenig vorangetrieben. Das Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt Studien und Lobbyarbeit zu diesem Thema.

Uganda: Unzufriedenheit im Süden, Hoffnung auf Frieden im Norden

Nach einer vielkritisierten Verfassungsänderung, die ihm die Möglichkeit einer dritten Amtszeit gab, und den Wahlen im Februar 2006, in denen erstmals seit 26 Jahren ein Mehrparteiensystem zum Tragen kam und die von Einschüchterung der Opposition begleitet waren, blieb Yoweri Museveni der Präsident von Uganda – nunmehr seit über 20 Jahren. Kritik an seiner Unfähigkeit, im Gegensatz zu seinen lange gepredigten Idealen von der politischen Macht loslassen zu können, an seinem selbstherrlichen Regierungsstil und an der verbreiteten Korruption ließen Museveni immer weniger als den Hoffnungsträger erscheinen, als der er einmal angetreten war. Die Krise um die Vergabe von 30.000 ha Wald des Nationalparks Mabira Forest an eine große, im Besitz von Ugandern asiatischer Herkunft befindliche Zuckerfirma offenbarte, wie weit die Distanz zwischen Regierungschef und Bevölkerung inzwischen reicht. Der Präsident begründete diese unpopuläre Landvergabe mit wirtschaftlichen Gründen – obwohl der Kabaka (König der Buganda) sogar alternative Landflächen bereitzustellen anbot. Eine zunächst friedliche Demonstration in Kampala am 12.4.07 eskalierte, nachdem die Polizei (angeblich aufgrund eines Missverständnisses) auf Demonstranten schoss; es kam zu Plünderungen und Ausschreitungen gegen ethnische Asiaten; insgesamt starben drei Menschen. Wenige Tage später feuerte die Polizei erneut auf Menschen, die für die Freilassung zweier wegen angeblichen Aufrufs zur Gewalt bei den ersten Protesten verhafteter Parlamentsabgeordneter demonstrierten. Im Mai wurde die Landvergabe vorläufig suspendiert.

Über zwei Jahrzehnte war im Norden Ugandas ein Krieg geführt worden, der zu schweren Menschenrechtsverletzungen und zur Flucht von zwei Millionen Menschen geführt hatte – und von dessen Fortdauer, wie Kritiker behaupten, Museveni und ugandische Militärs profitiert haben. Im August 2006 schließlich schlossen Vertreter der Regierung und der *Lords Resistance Army* (LRA) einen Waffenstillstand; Hintergrund war der effektive Verlust des

Hinterlands der LGA durch den Friedensschluss im Süd-Sudan 2005. Allerdings blieb die Situation fragil. Die im Süd-Sudan geführten Verhandlungen verliefen schleppend, Museveni drohte mit einer ugandischen Militäraktion gegen die im Nordost-Kongo stationierten Rebellen, und eine Verlängerung des Waffenstillstands kam erst im letzten Moment am 30.6.07 zustande. Die LRA lehnte eine Auslieferung von Militärführern, die Menschenrechtsverletzungen (darunter die Entführung ganzer Klassen von Schülern, um diese für den Krieg zu rekrutieren) begangen haben, an den Internationalen Gerichtshof ab. Im Juni erklärte die LRA sich allerdings bereit, eigene Kommandeure sich vor Gerichten verantworten zu lassen, wenn die Regierungsseite für ihre eigenen Militärs dasselbe zu tun bereit sei (Daily Nation, 6.6.07). Am 17.1.07 starb Alice Lakwena, das Geistermedium, das 1986 die *Holy Spirit Mobile Forces* gegründet und damit den Krieg im Norden aufgenommen hatte, in einem kenianischen Flüchtlingslager; der britische *Economist* (27.1.07) veröffentlichte einen Nachruf.

Äthiopien und Eritrea: Nach innen autoritär, nach außen hoch gerüstet

Äthiopien erlebt einen seit drei Jahren anhaltenden Wirtschaftsboom, unterstützt von guten Regenfällen, hohen ausländischen Investitionen, einem substantiellem Schuldenerlass und weiterhin hohen Zuflüssen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch ist die Stimmung vor allem in der städtischen Bevölkerung schlecht; bei steigenden Preisen spüren viele Menschen noch keine positive Resultate des Wirtschaftswachstums. Das Land wurde in der zweiten Jahreshälfte 2006 von verheerenden Überschwemmungen und Fluten heimgesucht, die nicht zuletzt ein Schlaglicht auf die dramatischen Umweltprobleme des Landes warfen, verursacht vor allem durch rapides Bevölkerungswachstum, knapper werdende Ressourcen und fehlendes Umweltbewusstsein.

Innenpolitisch gelang es der Regierung von Meles Zenawi, ihre nach den Wahlen 2005 angeschlagene Position wieder zu festigen. Ein Indiz dafür ist die Ankündigung die mehrfach verschobenen Kommunalwahlen Ende 2007 oder Anfang 2008 abhalten zu wollen. Die Opposition ist in einzelne Gruppen zerfallen, die einander befehlen. Die Zivilgesellschaft hat sich bis auf wenige Ausnahmen aus der politischen Arbeit zurückgezogen und wird durch zunehmende Kontrollen und informelle Einschüchterungen behindert. Die Dominanz des politischen Patronage-Apparats unterhöhlt den Rechtsstaat; fehlende Rechtssicherheit aufgrund mangelnder Kapazitäten im Gerichtswesen tut ein Übriges. Der Schuldspruch gegen 38 seit November 2005 inhaftierte Oppositionspolitiker wird als Willkürurteil wahrgenommen.

Der Grenzkonflikt mit Eritrea spitzte sich wieder zu, da Äthiopien nicht willens ist, das 2002 ergangene Verdikt der Internationalen Grenzkommission in allen Details anzuerkennen.

Die innenpolitische Lage in **Eritrea** blieb von staatlicher Repression und innerer Militarisierung (Zwangsrekrutierung weiter Teile der jugendlichen Bevölkerung in militärische oder paramilitärische Einrichtungen) gekennzeichnet. Es waren keinerlei Fortschritte in Richtung einer Öffnung und Demokratisierung erkennbar; Anfang 2007 wurde der Patriarch der orthodoxen Kirche verhaftet. Bei der Beilegung des Konflikts im Ost-Sudan spielte die Regierung Eritreas eine konstruktive Vermittlerrolle, doch ansonsten stand ihre Regionalpolitik ganz im Zeichen des Konflikts mit Äthiopien, von dem Eritrea eine bedingungslose Anerkennung des Schiedsspruchs von 2002 zum Grenzkonflikt fordert. Laut einem Bericht an den UN-Sicherheitsrat vom 2.5.07 erschwerte Eritrea die Arbeit der in der Grenzregion stationierten UN-Mission. Beide Seiten zogen in der Sicherheitszone Truppen zusammen. In Somalia unterstützte Eritrea 2006 die Union der islamischen Gerichte mit Waffen und militärischem Personal und beherbergt seit Frühjahr 2007 prominente Gegner der somalischen Übergangsregierung. Die politische Allianz zwischen der säkularen Führung Eritreas und somalischen Islamisten zeigt, dass es der eritreischen Regierung dabei primär um die Schaffung eines Gegengewichts zur äthiopischen Unterstützung der somalischen Übergangsregierung geht. Das Ausmaß seiner Isolierung innerhalb der Region wurde deutlich, als Eritrea Ende April seine Mitarbeit in IGAD suspendierte.

Sudan: Konflikt in Darfur, offene Fragen im Süden

Der Sudan stand vor allem infolge des Darfur-Konflikts im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Übergriffe durch Milizen gegen die Zivilbevölkerung und deren Vertreibung, die inoffiziell von der Regierung des Sudan unterstützt wurden, führten zur schwerwiegendsten humanitären Krise der Gegenwart. Hilfsaktionen wurden systematisch behindert. Im Lauf des Jahres 2006 griffen die Kämpfe auch auf benachbarte Regionen im Tschad über. Ein unter der Ägide der AU Mitte 2006 in Abuja (Nigeria) geschlossenes Friedensabkommen blieb von Anfang an wirkungslos, da nur eine von drei wichtigen Rebellengruppen es unterzeichnete. Die Regierung des Sudan, gestützt auf einen Öl-basierten Wirtschaftsboom und enge Wirtschaftsbeziehungen zu China, das UN-Sanktionen gegen den Sudan verhinderte, lehnte westliche Forderungen nach Umwandlung der weitgehend ineffektiven AU-Friedenstruppe in eine UN-Mission bis ins Frühjahr 2007 kategorisch ab. Zum zweitenmal verweigerte die AU im Januar 2007 den turnusgemäßen Übergang des AU-Vorsitzes an den Regierungschef des Sudan, Omar el-Bashir. Seit April 2007 allerdings kam Bewegung in die Darfur-Politik, als die USA ihre Sanktionen gegen Schlüsselpersonen der

Regierung in Khartum und deren Firmen-Netzwerke verschärfte und China unter anderem durch Ernennung eines Sondergesandten für Darfur andeutete, international eine größere Verantwortung auch in der Sudan-Frage annehmen zu wollen (Evans & Steinberg, 11.6.07). Am 12.6.07 akzeptierte die Regierung in Khartoum eine hybride, aus UN- und AU-Einheiten gebildete Truppe im Umfang von rund 26.000 (gegenüber bisher 7.000) Soldaten. Ob von dieser Lösung wirklich ein besserer Schutz der Zivilbevölkerung garantiert werden kann, war ebenso offen wie Kommandostruktur und Implementierungs-Zeitplan. Entscheidender wird der Abschluss eines wirklichen Friedensabkommens zwischen allen relevanten Konfliktparteien im Darfur sein; neue Verhandlungen begannen am 15.7.07 in Libyen.

An einer anderen Front des vielfach gespaltenen Landes wurde hingegen ein Fortschritt erzielt: Am 14.10.2006 unterzeichneten die Regierung und die Rebellen im Ostsudan ein unter Vermittlung Eritreas zustande gekommenes Friedensabkommen.

Gegenüber der Darfur-Krise geriet der Süd-Sudan seit dem Anfang 2005 abgeschlossenen *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) weitgehend aus dem internationalen Blickfeld, obwohl sein Erfolg oder Scheitern noch weit tiefgreifendere Auswirkungen auf den Sudan (und womöglich die Region insgesamt) haben wird. Der Wiederaufbau der durch den jahrzehntelangen Krieg zerstörten Infrastruktur wird vor allem durch internationale Agenturen vorangetrieben, da der Regierung des Süd-Sudan wesentliche Kapazitäten fehlen. Die regionale Hauptstadt Juba ist inzwischen zu einem Tummelplatz von Hilfsorganisationen sowie kenianischen Geschäftsleuten geworden, die im Süd-Sudan große Perspektiven sehen. Es gibt einen durch Entwicklungsgelder getriebenen Boom im Süden. Zugleich geben zahllose Probleme Anlass zur Sorge über die Zukunft des CPA. Dazu gehören insbesondere die Intransparenz bei der Aufteilung der sudanesischen Öleinnahmen zwischen Khartum und Juba (dem Süden fehlt die Fähigkeit, die Einnahmeseite zu überprüfen), die letztlich ungeklärte Grenzfragen der ölreichen Abyei-Region sowie Implementierungsprobleme und Ineffizienz bei Wiederaufbau und im Sicherheitsbereich. Am 9.7.07 lief die Frist ab, an der laut CPA alle nordsudanesischen Truppen aus dem Süden hätten abgezogen sein sollen, doch real waren bis dahin nur zwei Drittel von ihnen in den Norden verlegt worden. Die geplanten gemischten Einheiten in den Ölgebieten waren ebenfalls noch nicht geschaffen worden. Die Implementierung des Abkommens krankt aber nicht nur an technischen und administrativen Problemen, sondern auch am tiefen Misstrauen zwischen beiden Seiten – und Konflikten und wachsender Korruption im Süden selbst. Im November 2006 brachen in Malakal Kämpfe zwischen Truppen aus dem Norden und dem Süden aus, bei denen es 150 Tote gegeben haben soll.

Die Zukunft des CPA ist unklar; das Spektrum der derzeit diskutierten Szenarien reicht von einem Wiederbeginn des Kriegs über eine Sezession des Südens im für 2011 geplanten Referendum bis hin zur – wenngleich recht unwahrscheinlichen – Chance, der Präsident des Süd-Sudan, Salva Kiir Mayardit, könne in Koalition mit anderen Gruppen aus marginalisierten Regionen des Sudan die Wahlen 2009 auf nationaler Ebene gewinnen. Die HBS unterstützte 2006 im Sudan eine Initiative, die die Implementierung des CPA auf nationaler Ebene beobachtet und öffentlich zur Diskussion gestellt hat.

Ausblick

Die Politik in Kenia wird in den nächsten Monaten voraussichtlich vor allem durch die für Dezember 2007 anstehenden Wahlen geprägt werden. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung und der Schwäche und Gespaltenheit der Opposition hat Präsident Kibaki gute Chancen auf eine Wiederwahl, so ihm – wie dies weit hin vermutet wird – das Schmieden eines Bündnisses mit kleineren Parteien gelingt. Es könnte sogar eine modifizierte Wiederbelebung des NARC-Bündnisses von 2002 (jedoch gewiss ohne Raila Odinga) geben, diesmal allerdings ohne die Perspektive auf einen grundlegenden Wandel. Es ist möglich, dass Präsident Kibaki – in einer zweiten Amtsperiode weniger von taktischen Kalkülen belastet – den Themen Verfassungsreform und Korruptionsbekämpfung ernsthafter annimmt als bisher; die meisten Beobachter halten dies aber nicht für wahrscheinlich, denn dies hätte tiefgreifende Rückwirkungen auf die politische Kultur Kenias, die von einem Politiker der Generation Kibakis nicht erwartet werde. Viele Kenianer und Kenianerinnen hoffen auf einen politischen Generationswechsel – allerdings erst 2012. Wenn es der Regierung bis dahin gelingt, die Rekonstruktion der kenianischen Ökonomie wie in den letzten Jahren fortzuführen, die demokratische Offenheit der Gesellschaft zu bewahren und zugleich in strategischen Bereichen (Bildung, Gesundheit, Sicherheit) für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen als bisher, wäre schon Einiges gewonnen. Fortschritte in der ostafrikanischen Regionalintegration werden auch zum Fortschritt Kenias beitragen – und umgekehrt.

Die Entwicklung in Somalia bleibt schwer vorherzusagen. Die am 15.7.07 formell eröffnete nationale Versöhnungskonferenz wird vermutlich weiter tagen – nicht zuletzt weil die USA und die EU darauf drängen. Wie sie sich entwickeln wird, hängt nicht nur von der Sicherheitssituation in Mogadischu ab, sondern auch ganz wesentlich davon, ob die Übergangsregierung unter Präsident Abdullahi Yusuf sie wirklich konstruktiv vorantreibt. Ein langer Verhandlungsprozess steht zu erwarten, und mögliche Wege dahin und Ergebnisse sind momentan kaum erkennbar – abgesehen davon,

dass schon wie in der Vergangenheit die Machtteilung zwischen den Clans ein wesentlicher Verhandlungsgegenstand sein dürfte und das Prinzip der Clan-basierten politischen Struktur des Landes nicht überwunden wird. Starke Kräfte, von Eritrea unterstützt, haben an einem Gelingen der Konferenz in der gegenwärtigen politischen Konstellation wenig Interesse. Sie wollen erst verhandeln, wenn Äthiopien sich vollständig aus Somalia zurückgezogen hat, was allerdings eine erheblich vergrößerte Präsenz von AU-Truppen voraussetzen würde. Diese wiederum ist um so weniger wahrscheinlich, je größer die Unsicherheit in Somalia bleibt. Es besteht eine reale Gefahr, dass militante islamistische Kräfte die Unsicherheit weiter erhöhen. Somaliland dürfte von alledem nur mittelbar berührt sein, abgesehen davon, dass ein erfolgreicher Versöhnungsprozess in Mogadischu das Streben Somalilands nach Unabhängigkeit stärker infrage stellen würde.

Das Horn von Afrika wird auch in den kommenden 12 Monaten ein weltpolitisch relevanter Krisenherd bleiben. Dies gilt nicht nur für Somalia, sondern noch mehr für den schwelenden Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea, in dem eine neue Eskalation droht. In Darfur besteht mit der grundsätzlichen Zustimmung der Regierung in Khartum zu einer gemischten UN/AU-Mission die Hoffnung auf einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung, doch sind erhebliche Implementierungsprobleme zu erwarten. Derweil sollte die Weltöffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit zugleich stärker auf den Süd-Sudan richten, wo die Implementierung des CPA nur mit grossen Schwierigkeiten erfolgt, was ein hohes Konfliktrisiko birgt – mit potentiell schwerwiegenden Folgen für den Sudan als die aktuelle Krise in Darfur.

(Stand: 16. Juli 2007)

ABKÜRZUNGEN

AU	African Union (Sitz: Addis Abeba)
CDF	Constituency Development Fund (Kenya)
CPA	Comprehensive Peace Agreement (Sudan)
EAC	East African Community
IGAD	Intergovernmental Authority on Development (Sitz: Djibouti)
KANU	Kenya African National Union
LRA	Lord's Resistance Army (Uganda)
NARC	National Rainbow Coalition (Kenya)
ODM-K	Orange Democratic Movement – Kenya
TFG	Transitional Federal Government (Somalia)

QUELLEN

Africa Confidential (London), verschiedene Ausgaben
BBC News Africa, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/...](http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/), verschiedene Ausgaben
Business Daily, 11.7.2007, *Farmers wage war on food mile campaign*
Business Daily, 21.5.2007, *Kimunya rules out loss of cash in Anglo-leasing deals*,
Central Bank of Kenya (2007): *Monthly Economic Review, May 2007* <http://www.centralbank.go.ke/downloads/publications/mer/May07.pdf>
Daily Nation, 13.10.2006, *Kenya: Kibaki team rated top in all eight provinces*
Daily Nation, 18.4.2007, *President's approval rating rises to 65 p.c.*
Daily Nation, 27.4.2007, *Milk output tops 3 billion litres*
Daily Nation, 6.6.2007, *LRA pledges to hand over killer officers*
Daily Nation, 14.6.2007, *Secrets of Kimunya's budget*
East African, 2.-8.7.2007, *Kenya's food situation stable, for now*
Evans, Gareth & Donald Steinberg, *China and Darfur: "Signs of Transition"*, 11.6.2007, <http://www.crisisgroup.org:80/home/index.cfm?id=4891&l=1>
Federation of Women's Lawyers Kenya (2007): *2006 Annual Report* (Nairobi)
Kenya National Bureau of Statistics (2007): *Basic Report on Well-being in Kenya. Based on Kenya Integrated Household Budget Survey – 2005/06* (Nairobi, April 2007)
Prendergast, John & Colin Thomas-Jensen, *US getting it wrong in Somalia, once again*, The East African, 4.12.2006

Report of the Commission of Inquiry into the Illegal/Irregular Allocation of Public Land (Nairobi 2004) = Ndungu Land Commission Report
Shabelle Media Network (Mogadischu), <http://www.shabelle.net>, verschiedene Ausgaben
Society for International Development (2006): *State of East Africa 2006. Trends, Tensions and Contradictions: The Leadership Challenge* (Nairobi)
Society for International Development (2007): *State of East Africa 2007. Searching for the Soul of East Africa* (Nairobi)
Somaliland Times, 24.3.2007, *We will be treating Somaliland as a self-governing region*, Swedish Ambassador, Jens Odlander <http://www.somalilandtimes.net/sl/2006/270/1.shtml>,
Steadman Group (2007), Socio-Political Research Unit: *SPEC Barometer Results, March 2007*; http://www.steadman-group.com/pdf/spec_march07.pdf
Sub-Saharan Informer, 6.4.2007, *President Kahin pardons jailed journalists* http://ssinformer.com/news/Africa/eastern/somaliland/politics/2007/april/sop_06_04_07-002.html
Sunday Nation, 10.6.2007, *Family business: power and wealth in sect*
The Economist, 27.1.2007, S. 79, *Obituary: Alice Lakwena*
World Resources Institute (2007): *Nature's Benefits in Kenya. An Atlas of Ecosystems and Human Well-Being* (Washington DC & Nairobi) www.wri.org